

Märkische Linke

Infoblatt - *Die Linke.* - Ostprignitz-Ruppin

Juni 2011

06/2011

Kommunaler Atomausstieg

Der Neuruppiner Stadtverordnetenversammlung liegt ein Antrag der SPD - Fraktion zur Beratung vor. Dieser sieht neben der Forderung des Verzichtes der Fontanestadt auf Verwendung von Atomstrom in den städtischen Gebäuden auch einen generellen Verzicht der kommunalen Stadtwerke auf Atomstrom beim Energieangebot vor.

Auf dem ersten Blick ein guter Antrag. Doch ein genaues Hinsehen lohnt sich ebenso, wie die Frage nach den konkreten Auswirkungen. Ohne Zweifel, die Gewinnung von Atomstrom ist mit nicht beherrschbaren Risiken verbunden, lieber Heute als Morgen muss der Ausstieg aus der Kernenergie gelingen, Atomstrom durch regenerative Energien nachhaltig ersetzt werden. Darüber hinaus muss die Macht der Milliarden scheidenden Energiekonzerne, EON/ EDIS, Vattenfall, RWE und EnBW endlich gebrochen werden. Eine Energiewende muss ökologisch aber auch sozial sein.

Bisher wird der Atomstrom zu deutlich günstigeren Konditionen den Verbrauchern angeboten. Energie aus Wind, Wasser und Sonne ist im Vergleich deutlich teurer. Die Stadtwerke Neuruppin beispielsweise müssen Strom auf dem freien Markt kaufen, reicht doch der im eigenen Blockheizkraftwerk produzierte Strom bei weitem nicht aus, um die Nachfrage zu befriedigen. Für die Endverbraucher, seien es nun Unternehmen oder Privathaushalte, bestimmt letztendlich der angebotene Preis, ob sie ihren Strom von den kommunalen Stadtwerken beziehen. Die vielgepriesene Liberalisierung des Energiemarktes hat dazu geführt, dass der Verbraucher sich aussuchen kann, von wem er den Strom beziehen will. Der Preis ist dabei das herrschende Kriterium.

Zurzeit wird in Deutschland ca. 20 Prozent des Energieverbrauches durch Atomstrom gedeckt. Die Stadtwerke Neuruppin bieten einen Energiemix an, bei dem nur 11 Prozent aus Atomstrom bestehen. Darüber hinaus können Endverbraucher einen reinen Ökostrom beziehen, müssen dann aber auch bereit sein, einen deutlich höheren Endpreis zu zahlen.

Im bundesweiten Preis-Vergleich rangieren die Stadtwerke Neuruppin im guten Mittelfeld und besitzen einen relativ festen Kundenstamm.

Gefahr für die Stadtwerke

Der beschriebene Antrag der SPD - Fraktion stellt eine reelle Gefahr für das Bestehen der Neuruppiner Stadtwerke dar. Dies machte die Diskussion im jüngsten Haupt- und Finanzausschuss (HFA) deutlich. Der generelle Verzicht der Stadtwerke auf Atomstrom wird zu einer deutlichen Verteuerung der Energiepreise führen. Dies wiederum wird viele Endverbraucher zwingen den Anbieter zu wechseln. Die Stadtwerke verlieren Kunden und damit die Chance auf dem Markt zu bestehen. Letztendlich würde wieder einmal ein großer Stromkonzern ein kleines Stadtwerk aufkaufen und ein wichtiger Teil der kommunalen Daseinsfürsorge würde privatisiert werden.

Diesen Weg zu beschreiten, dazu war eine übergroße Mehrheit im HFA nicht bereit und lehnten somit den SPD - Antrag ab.

DIE LINKE machte deutlich, dass sie dem Anliegen des SPD - Antrages folgen kann, auf Atomstrom zu verzichten. Deshalb unterstützt sie das Anliegen, dass städtische Gebäude künftig keine Atomenergie mehr von den Stadtwerken beziehen. Das Atomstrom grundsätzlich aus dem Angebotsportfolio der Stadtwerke gestrichen werden, hält die LINKE Fraktion, für den gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht umsetzbar.

Kommunales Energiekonzept

DIE LINKE.Neuruppin setzt auf ein Energiekonzept, welches von den Stadtwerken ausgearbeitet werden soll um anschließend einer breiten öffentlichen Debatte unterzogen wird. Ziel dieser kommunalen Energiekonzeption sollte die völlige Energieautonomie der Fontanestadt sein. Der Strom der in dieser Stadt ge- und verbraucht wird sollte mittelfris-

tig auch zu 100% durch die in der Stadt ansässigen Unternehmen bzw. durch städtischen Gesellschaften produziert werden. Regenerative Energien sind dabei den fossilen Energieträgern zu bevorzugen. Das heißt mehr Solar- und Windenergie, mehr Biogasanlagen, und Geothermie zur Speicherung von Energie, weg von Erdgas- und Kohleverstromung und der völlige Verzicht auf Atomstrom. Die Energienetze gehören in kommunaler Hand. Unweigerlich muss auch weiterhin über Energiesparen nachgedacht werden und dazu notwendige Schritte eingeleitet werden. Die Energieeffizienz in vielen städtischen Gebäuden lässt beispielsweise sehr zu Wünschen übrig.

Um unabhängig von der Preispolitik der großen Stromkonzernen zu sein, ist die Energieautonomie eine wichtige Voraussetzung. Dieses Ziel lässt sich aber nicht von Jetzt auf Gleich erreichen. Es bedarf einiger Untersuchungen und vor allem einer politischen Debatte in der Stadt und in der Bevölkerung.

Kompromiss bereit?

Am 27. Juni wird sich erweisen inwieweit die SPD - Fraktion bereit ist, auf Vorschläge der LINKEN einzugehen. An diesem Tag tagt die Stadtverordnetenversammlung. Vielleicht gelingt es ja einen gemeinsamen überarbeiteten Antrag einzubringen, der die grundsätzlichen Überlegungen mit beinhaltet. Einen Antrag also der einen sofortigen Verzicht der Fontanestadt auf die Verwendung von Atomstrom beinhaltet und mittelfristigen den Stadtwerke erlaubt auf das Angebot von Atomstrom zu verzichten, ohne Gefahr zu laufen, vom Markt zu verschwinden.

Ronny Kretschmer

Ankündigung

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,

die Redaktion der Märkischen Linken verabschiedet sich mit dieser Ausgabe in die Sommerpause. Erst Mitte August wird die neue Ausgabe erscheinen. Wir wünschen allen einen wunderschönen Sommer im Garten, zu Hause oder im Urlaub.

Kurz notiert

Kreisausschüsse lehnen Extremismusklausel ab

Wie in der vergangenen Ausgabe der »Märkischen Linken« berichtet, verlangt das Bundesfamilienministerium als Bedingung für die Vergabe von Fördermitteln an Vereine und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, eine Demokratieerklärung. Diese Demokratieerklärung ist auch als Extremismusklausel bekannt. Neben dem Bekenntnis zum Grundgesetz, werden die Antragsstelle von Fördermitteln verpflichtet ihre Projektpartner oder ihre Referenten auszuspähen und

diese auf ihre Verfassungstreue zu überprüfen.

Gegen diese höchst umstrittene Praxis des Bundesministeriums regt sich breiter Widerstand. Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und Vereine lehnen diese ab. Dem Kreistag OPR liegt ein dementsprechender Antrag vor. Die ersten Fachausschüsse, so auch der Sozialausschuss am 25. Mai votierten mit großer Mehrheit für diesen Antrag. Nur die CDU und die FDP enthielten sich der Stimme.

Wie weiter mit der Kyritz-Ruppiner Heide?

In einer »Nacht- und Nebelaktion« hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages mit der Koalitionsmehrheit beschlossen, die Flächen der Kyritz-Ruppiner Heide komplett als Nationales Naturerbe auszuweisen. Dieser Beschluss kam ohne eine Rückkoppelung mit den Akteuren vor Ort zu Stande. Außerdem bedeutete er, dass andere schützenswerte Flächen in der Bundesrepublik, die sich schon sehr lange um diesen Status bemühten, nicht mehr berücksichtigt werden konnten, weil das Flächenkontingent von insgesamt 25.000 Hektar knapp zur Hälfte durch

die vollständige Aufnahme des ehemaligen Bombodroms belegt wäre.

Die Umweltministerkonferenz der Bundesländer beschloss nun auf ihrer letzten Tagung, diesen Beschluss des Haushaltsausschusses zu korrigieren. Ziel der Umweltminister und der brandenburgischen Landesregierung ist es, nicht die gesamte Fläche der Kyritz-Ruppiner Heide (11.900 Hektar) als Nationales Naturerbe auszuweisen. Damit würde u.a. auch erreicht werden, dass bestimmte Teilflächen zur Gewinnung von regenerativen Energien genutzt werden könnten.

Glückwunsch nach Bremen

Bei der Wahl zur Bürgerschaft in Bremen am 22. Mai gelang es der LINKEN erstmals bei einer Landtagswahl in den alten Bundesländern, den Einzug in das Landesparlament zu wiederholen. Der engagierte Wahlkampf der Genossinnen und Genossen in Bremen,

mit Unterstützung der gesamten Bundespartei, war erfolgreich. Auch zukünftig wird eine starke linke Oppositionsfraktion an der Weser die Regierungskoalition aus SPD und Grünen kritisch begleiten. Herzlichen Glück-

2 Landtagswahlen warten noch

Im Herbst dieses Jahres stehen noch zwei bedeutende Landtagswahlen an. In unseren Nachbarländern Mecklenburg-Vorpommern und Berlin werden der Landtag bzw. das Abgeordnetenhaus gewählt. In beiden Bundesländern kämpft DIE LINKE um eine starke Fraktion und um die Option weiterhin bzw. neu in die Landesregierung zu kommen. Linke Reformprojekte, wie den sozial und ökologischen Umbau

der Gesellschaft, hängen maßgeblich davon ab, ob es neben der brandenburgischen Rot-Roten Koalition noch weitere linke Regierungsmehrheiten gibt. Dem mecklenburgischen Wahlkampfleiter der LINKEN, Andre Brie, wurde am Rande der Aktivenkonferenz in Fretzdorf die Unterstützung unseres Kreisverbandes beim Wahlkampf zugesagt.

Kennzeichnungspflicht in Brandenburg

Der Potsdamer Landtag hat das Gesetz zur Kennzeichnungspflicht von Polizisten beschlossen. In der Regel werden Brandenburger Polizisten von 2013 an ihren Namen an der Uniform tragen. Das Vorhaben der Kennzeichnungspflicht war auf Drängen der LINKEN in den Brandenburger Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Schon diese bloße Ankündigung bewirkte bei der

Landes-CDU einen politischen Umfaller. Nachdem sie sich jahrelang gegen eine Kennzeichnungspflicht gewehrt hatten, hatten sie nun sogar selbst die Initiative zu dem Gesetzentwurf ergriffen. Die kommenden Monate bis zur Einführung sollen nun genutzt werden, um die Vorbehalte der Polizeigewerkschaften auszuräumen, die strikt gegen die Kennzeichnungspflicht sind.

Kommentiert

Brandenburger Grüne wollen agrarpolitisch vorwärts in die Vergangenheit

»Umbrüche auf märkischem Sand« heißt das Buch der Brandenburger Grünen. Es ist laut Internet erst ab 7. Juli 2011 erhältlich. Aber Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender im Landtag, hat es Ende Mai vorab den Medien vorgestellt. Leider kann also die/der mehr oder weniger geneigte zukünftige Leser/in derzeit nur auf das reagieren, was Herrn Vogel von den Grünen als Inhalt angekündigt hat. 17 (Ruppiner Anzeiger) oder 23 (MAZ) Kronzeugen kommen zur Bestätigung Grüner agrarpolitischer Thesen (oder eher Vorurteile) zu Wort. Mit einfachen Mitteln solle eine große Debatte angestoßen werden, sagt Axel Vogel. Eigentlich gehört ein Buchbeitrag nicht zu den »einfachen Mitteln«. Zumindest nicht, wenn er intelligent, gut recherchiert und selbst geschrieben wird. Und eine »große Debatte« anzustoßen, würde voraussetzen, neue Sichtweisen, Argumente oder Analysen vorzulegen. Aber angekündigt wird eigentlich nur das, was Herr Vogel von den Grünen immer schon gesagt hat. Z.B., dass die Bodenreform im Nachkriegsdeutschland fortbestehendes Unrecht wäre, was historisch nicht stimmt. Und aktuell müssten die Grünen dann auch den aktuellen Weltagrарbericht für Teufelszeug halten. Der findet nämlich Landreformen als Mittel zur Ernährungssicherung und zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit richtig. Auch die Kollektivierung »Zwangskollektivierung« in der DDR zeigt zweierlei Maß bei den Grünen, denn in der Entwicklungszusammenarbeit halten sie Genossenschaften nicht für tabu. Die polemische Kritik an den »roten Baron« zeigt mangelnde Ostkompetenz grüner Agrarpolitik. Feindbild sind ausgerechnet die Genossenschaftsbauerinnen und -bauern, die sich nach der Wende auf den Weg gemacht und die LPG-Nachfolgebetriebe im neuen Rechtssystem erfolgreich fortgeführt und Arbeitsplätze gesichert haben. Diese neu gegründeten Genossenschaften sind am ehesten in der Lage, Widerstand gegen die modernen Raubritter zu leisten und ostdeutsches Bodeneigentum durch viel Arbeit und kluge Ideen zu sichern. Von grüner Agrarpolitik würden in Ostdeutschland dagegen vor allem Alteigentümer/innen, Einzelbauern, die man früher Großbauern genannt hat und Nebenerwerbslandwirte profitieren. Das ist die eigentliche Botschaft. Ich finde kritische Auseinandersetzung auch mit der DDR-Agrargeschichte wichtig – aber das setzt detaillierte Kenntnis und Fähigkeit zur differenzierten Bewertung voraus. Ich kann nur hoffen, dies ist den Autor/innen im Buch besser gelungen als in der Pressekonferenz Herrn Vogel von den Grünen.

Dr. Kirsten Tackmann, MdB

Aktueller Diskussionsstand zum neuen Parteiprogramm

Brief der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, an die Parteimitglieder zum aktuellen Diskussionsstand des neuen Parteiprogramms

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stellen Euch anbei den aktuellen Diskussionsstand für unser neues Parteiprogramm zur Verfügung. Dieser Entwurf ist ein neuer Meilenstein in unserer Programmdebatte. Er ist das Ergebnis vieler Vorschläge, Debattenbeiträge und Diskussionen. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, die durch ihr Engagement, ihre Ideen, ihre Diskussionsfreudigkeit und ihren Sachverstand diese Debatte bereichert haben.

Der Parteivorstand hat sich eingehend

mit den von einer Redaktionskommission vorgelegten Vorschlägen für die Einarbeitung und Berücksichtigung von Änderungen befasst. Im Ergebnis wurden in wesentlichen programmatischen Fragen konsensfähige Vorschläge erarbeitet. Wir sind der festen Überzeugung, dass der vorliegende Arbeitsstand der LINKEN neue Handlungs- und Gestaltungsspielräume für das Vorantreiben eines Politikwechsels in der Opposition oder in Regierungsverantwortung gibt.

In den kommenden Wochen wird sich die vom Parteivorstand eingesetzte Redaktionskommission erneut mit dem Entwurf befassen. Insbesondere wird der Entwurf eine Präambel erhalten. Am 2. und 3. Juli 2011 berät der Parteivorstand erneut und beschließt den endgültigen

Leitantrag an den Parteitag. Danach habt Ihr alle erneut Gelegenheit, bis zum 7. Oktober 2011 Änderungsanträge zum Leitantrag an den Parteitag zu stellen. Vom 21. bis zum 23. Oktober treffen wir uns in Erfurt zum Parteitag und beschließen nach eingehender Debatte ein neues Grundsatzprogramm für DIE LINKE. Den Schlusspunkt bildet ein Mitgliederentscheid über das neue Programm, den wir bis zum Ende des Jahres 2011 durchführen werden.

Wir freuen uns auf die weitere Diskussion und verbleiben mit solidarischen Grüßen,

Klaus Ernst und Gesine Löttsch

Gemeinsame Aktivenkonferenz der Kreisverbände Ostprignitz-Ruppin und Prignitz



Im Rahmen der Umsetzung des Beschlusses des 2. Landesparteitages vom 6. März 2011 - Die neue Partei mit Leben füllen - DIE LINKE. Brandenburg 2020 und der Vorbereitung der 2. Aktivenkonferenz der Brandenburger Linken am 4. und 5.6.11 in Erkner führten beide Kreisverbände ihre Aktivenkonferenz am 20.5.11 in der Raststätte »Autohof Herzsprung« durch.

Vor etwa 35 Genossen ging Landeschatzmeister Matthias Osterburg in einem kurzen Eröffnungsreferat auf die spezielle Situation in beiden Kreisverbänden wie Einwohner- und Mitgliederdichte und Altersdurchschnitt der Mitglieder ein. Der Generationswechsel ist eingeleitet und läuft schon, z. B. bei den Schatzmeistern und in einigen Vorständen. Das ist aber natürlich noch lange nicht ausreichend, und dazu brauchen wir neue jüngere und vor allen Dingen aktivere Mitglieder, um die Arbeit auf eine breitere Basis zu verteilen. Wir haben schon viel erreicht, dürfen uns aber auf

hat sich gezeigt, dass wir immer dann verstärkt neue Mitglieder gewinnen konnten, wenn Partei und Mitglieder nach außen politisch erfolgreich und politisch attraktiv erscheinen. Unser Kreisverband hat etwa 250 Mitglieder, wir verteilen aber 1500 Zeitungen »Märkische Linke«. Es gibt also viele Sympathisanten, die vielleicht einfach nur mal angesprochen werden wollen. Der Landesvorstand will dazu einen »Besteckkasten« aus z.B. Bildungsangeboten, Technik, Datenbanken, Künstlern usw. schaffen, um die Arbeit vor Ort zu unterstützen.

Wir haben in 3 Arbeitskreisen über die Umsetzung der Parteireform diskutiert.

1. Mitgliederwerbung, motivierende Personalentwicklung, moderne Strukturen: (Moderation: Matthias Osterburg)
 - wir wollen nicht von Mitgliederwerbung, sondern von Mitgliederwerbung sprechen
 - wichtig ist das eigene Vorleben jedes Mitglieds im Wohnort, an seinem Arbeitsplatz, bei Nachbarn

dem Erreichten nicht ausruhen. Aus unserer Regierungsbeteiligung im Land Brandenburg erwachsen neue Herausforderungen und in Vorbereitung der Landtagswahlen 2014 müssen wir uns überlegen, was wir unseren Wählern sagen wollen. In der Vergangenheit

- wir müssen unsere Erfolge verkaufen
 - Mitgliedergewinnung sollte Aufgabe eines jeden Mitglieds sein
 - parteilose Mandatsträger, die über die Liste der Linken gewählt wurden, sollten angesprochen werden
2. Innerparteiliche Demokratie und innerparteiliche Kultur: (Moderation: Andre´ Brie)
 3. Kommunikation und Kommunikationsservice, Öffentlichkeitsarbeit: (Moderation: Gerlinde Krahnert)
 - Formen finden, um alle Genossen (speziell ältere - nur etwa 25% per Mail erreichbar) zu erreichen,
 - Wille zur Kommunikation muss da sein (Gesamtheit von Technik, Zeitung, Gespräch.)
 - in einer Sprache reden, die die Menschen verstehen
 - neue techn. Möglichkeiten der Informationsgesellschaft nutzen, z. B. Telefon- und Videokonferenzen, Twitter, Facebook, Internet/Intranet,
 - Technik ersetzt allerdings nicht die persönliche Kommunikation
 - nicht kommunizieren um der Kommunikation wegen, sondern um Informationen weiter zu geben
 - Themen finden, die die Leute interessieren
 - aufbereitete Informationen versenden, nicht 30 Seiten, sondern Kern als Aufreißer, Rest als Anhang
 - Konzentration auf Konkretes, den Menschen zuhören, um verstanden zu werden

Neues aus dem Landtag

Die Sitzungen des Landtags am 18. und 19. Mai begannen mit einer brisanten Aktuellen Stunde. Auf Antrag der Grünen wurde das Thema Stasi - Fälle in Polizei und Justiz in den Plenarsaal geholt. So fordert Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Entschließungsantrag, alle Richter erneut zu prüfen und in einem zweiten Antrag die Novellierung des Stasiunterlagengesetzes. Beide Anträge werden vom Landtag mehrheitlich abgelehnt. Axel Vogel (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Grüne) wirft Justizminister Schöneburg vor, sich zu weigern, die Richter erneut auf ihre Stasi-Vergangenheit hin überprüfen zu lassen. Es gehe nicht um einen Generalverdacht gegen den Richterstand, sondern um die »Vermeidung eines Generalverdachts«, so Vogel. Stefan Ludwig (Sprecher für Justiz, DIE LINKE.) bezeichnet den Entschließungsantrag der Grünen als rechtswidrig. Alle Richter seien in den 90er Jahren im Sinne des Volkskammerbeschlusses überprüft worden. Bis 2006 habe die Birthler-Behörde dem Land neue Erkenntnisse mitteilen müssen. Dies sei aber nicht geschehen. Ministerpräsident Matthias Platzeck spricht sich für Versöhnung aus, man müsse es vermeiden, dass das Bild,

im Osten sei wieder alles in Stasi-Hand, entstehe.

Etwas überraschend kam der Gesetzentwurf der CDU zur namentlichen Kennzeichnung von Polizeibeamten. Mehr Transparenz und Bürgernähe bei der Polizeiarbeit war immer eine Forderung der Linken. So bezeichnet Hans-Jürgen Scharfenberg (Innenpolitischer Sprecher, DIE LINKE.) den Gesetzentwurf der CDU als »fast revolutionär«. Mit einem Entschließungsantrag der Regierungskoalition, der regelt, dass die Polizeigewerkschaften, die bisher gegen das Gesetz argumentieren, an der Erarbeitung der Verwaltungsvorschriften beteiligt werden, wird das Gesetz, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und des Abgeordneten Jürgen Maresch (DIE LINKE.), der in einer persönlichen Erklärung auf die Gefahren für die Polizisten hinwies, verabschiedet.

Seltene Einhelligkeit herrschte dagegen bei der Aktuellen Stunde zur Seniorenpolitik (Antrag der SPD: Sozial gesichert, aktiv leben - für alle Generationen) am Donnerstag. Die Verhinderung von Altersarmut und die Herausforderung des Demokratischen Wandels sind dabei vorherrschende Fragen.



Am 01.06. besuchte der Landtagsabgeordnete Dieter Groß unter anderem die Pritzwalker Schulen Friedrich-Ludwig-Jahn und Herbert-Quandt sowie die Kita in Heiligen-Grabe »Haus der kleinen Strolche«. Er überbrachte zum internationalen Kindertag Grüße und kleine Geschenke.

Weitere Informationen unter www.landtag.brandenburg.de.

Christian Richter

Justizstandort und Polizeidirektion vorerst gesichert

Die Pläne des Innenministers Dietmar Woidke (SPD), die Uckermark der Polizeidirektion Frankfurt (Oder) zu zuschlagen, was für die Neuruppiner Direktion bedeuten würde, das sie nur noch für rund 390 000 Einwohner zuständig wäre, sind erst einmal vom Tisch.

Der Schwenk Woidkes ist auch auf den massiven Druck aus Neuruppin zurückzuführen. Die Protestveranstaltungen, der Runde Tisch, der einstimmig

gefasste Beschluss des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung die Landesregierung aufzufordern, den Landgerichtsbezirk Neuruppin und die Polizeidirektion am Standort Neuruppin langfristig zu sichern, der Einsatz des Justizministers Volker Schöneburg (DIE LINKE.) und nicht zuletzt ein abgestimmtes Schreiben der ostbrandenburgischen Landräte zwang Minister Woidke zurück zu rudern.

Doch allen Beteiligten ist klar, dass der Standort in Zukunft nur durch gemeinsames Handeln und wie der Landtagsabgeordnete Dieter Groß (DIE LINKE.) betonte, nur bei besserer Vernetzung der hiesigen Entscheidungsträger untereinander, gehalten werden kann.

Christian Richter

Innenminister und Verfassungsschutzchefin nehmen Stellung in der Fraktion

Innenminister Dietmar Woidke und Winfriede Schreiber vom Verfassungsschutz sind von der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg in die Fraktionssitzung am 31.05. 2011 eingeladen worden, um zum umstrittenen Verfassungsschutzbericht 2010 Stellung zu nehmen.

Der Bericht erwähnte unter anderem das Wohnprojekt »mittendrin« in Neuruppin in Zusammenhang mit Linksextremistischen Aktivitäten in Jugendtreffs und Vereinen.

In einem konstruktiven Gespräch

wurden Unklarheiten ausgeräumt und es gab sogar das Signal der Chefin des brandenburgischen Verfassungsschutzes, Winfriede Schmidt, bei einer entsprechenden Einladung, das »mittendrin« zum Tag der offenen Tür am 8.6.2011 zu besuchen.

Christian Richter



STASI - Debatte und kein Ende?

Dieser Beitrag ist die Meinung des Autors zur Stasi-Debatte

Seit einiger Zeit überschlagen sich die Pressemeldungen, dass in unserem Bundesland immer neue »Stasi-Fälle« entdeckt werden. Da darf man wohl fragen wieso und warum? Hängt es, wie der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Jahn, nicht ausschließen möchte, mit der Regierungsbeteiligung der LINKEN zusammen? In den letzten 20 Jahren, als die Justizminister von SPD oder CDU gestellt wurden, war die »Stasi«-Belastung der Landesbediensteten kein Thema. Kaum ist ein von der Linken kommender Justizminister im Amt, entdeckt man plötzlich Akten. Juristen, die 20 Jahre lang eine fachliche und sachliche, auf dem Boden des Grundgesetzes fußende Arbeit geleistet haben, werden plötzlich an den Pranger gestellt. Das muss doch Ursachen haben?

Ein geschichtlicher Vergleich

Als nach 1945 auf dem Gebiet der ehemaligen BRD Posten und Funktionen besetzt werden mussten, griff man gern auf die Erfahrungen und Kenntnisse NS-belasteter Beamter und Angestellter zurück. Hatte man von denen doch nichts zu befürchten. Sie hatten in jahrelanger Arbeit ihre Loyalität zum kapitalistischen System unter Beweis gestellt und waren somit die geeigneten und willfähigen Werkzeuge zum Aufbau einer neuen kapitalistischen Ordnung im westlichen Teil Deutschlands.

In der DDR dagegen wurden Verfolgte des Nazi-Regimes, Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und

andere demokratisch gesinnte Kräfte in Verantwortungspositionen eingesetzt. Auch die Schutz- und Sicherheitsorgane wurden von solchen Personen gebildet, geführt und daraus deren Bestand rekrutiert. Hauptaufgaben der Schutz- und Sicherheitsorgane war (und so blieb es auch bis zum Ende der DDR) der Schutz des von den Werktätigen der DDR Geschaffenen, die Verhinderung von Sabotage und Spionage, sowie deren Aufklärung. Man sprach vom »Schutz der sozialistischen Errungenschaften«! Das dabei, von den Führungskräften der SED so gewollt, manchmal über »das Ziel hinausgeschossen« wurde, war in einer immer größeren Angst vor den Angriffen des kapitalistischen Gegners begründet. Dadurch wurden kritische, dem Sozialismus nicht feindlich gesinnte Meinungen und Aktionen ganz schnell kriminalisiert und juristisch verfolgt. Und hierbei spielten die IM, die in der Regel staatsbewusste DDR-Bürger waren und mit ihrer Tätigkeit Schaden von der DDR abhalten wollen, eine bestimmte Rolle. Deshalb kann man sie aber heute nicht pauschal kriminalisieren, genau so wenig wie normale DDR-Bürger, die bei Auffälligkeiten im öffentlichen Leben oder Störung der Wirtschaft die Polizei oder das MfS informierten.

Zum heutigen Umgang mit MfS-Angehörigen bzw. IM

Als nach der »Wende« die Bürgerrechtler forderten: »STASI in die Produktion«, gelang das nur einem Teil der ehemaligen Mitarbeiter. Durch die Politik der

Treuhand fielen hunderttausende Arbeitsplätze weg und die ehemaligen Mitarbeiter fanden keinen Arbeitsplatz oder waren die ersten, denen gekündigt wurde.

Ehemalige IM mussten, wenn sie in bestimmten Funktionen tätig waren oder solche besetzen wollten, ihre »Hosen runter lassen«. Werden heute, weil man Schnipsel zusammengesetzt und dadurch neue Erkenntnisse erlangt hat, IM's enttarnt, so sollte man mit den Betroffenen zuerst sprechen, ehe man eine Pressekampagne startet. Nicht zu Unrecht kritisieren auch SPD-Politiker die Stasi-Unterlagenbehörde, die personenbezogene Informationen an die Presse herausgibt, ohne die Betroffenen bzw. deren »Arbeitgeber« darüber zu informieren.

Auch in unserer Partei gibt es Genossen, die die Realitäten in der DDR verdrängen. Sie verfallen den bürgerlichen Demagogen und machen sich deren Meinung zu Eigen. Sie spielen sich als Richter und Moralisten auf. Sie verkennen, dass mit der Stasi-Debatte die gesamte DDR-Realität diskriminiert werden soll. Mit normalen politischen Argumenten ist nämlich den sozialen Errungenschaften der DDR nicht beizukommen. Deshalb sollte jede Genossin und jeder Genosse ganz sensibel, mit linker Sachlichkeit und unter Beachtung der historischen Gegebenheiten, mit dem Thema Stasi umgehen.

Achim Müller

Mittendrin im Mitten-Drin

Für Mittwoch, den 18. Mai hatte das Jugendwohnprojekt Mitten-Drin in Neuruppin zum »Tag der offenen Tür« eingeladen. Aber durch Verhinderung der Landespolitiker (Landtagssitzung) wurde der offizielle Termin auf den 08. Juni verlegt.

Trotzdem nutzten am 18.5. Politiker der LINKEN und Bürgermeister Golde die Möglichkeit, sich mit dem linksalternativen Verein Mitten-Drin zu solidarisieren. Die Bundestagsabgeordnete, Kirsten Tackmann, überreichte eine Spende von 400,- € zur weiteren Finanzierung des Workcamps im ehemaligen Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Hier bietet das Mitten-Drin Jugendlichen die Möglichkeit, sich hautnah mit der faschistischen Vergangenheit Deutschlands auseinanderzusetzen und dabei gemeinnützige Arbeit zu leisten. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und dessen neuen Erscheinungsformen, dem

Neonazismus/ Neofaschismus, ist ein wesentlicher Bestandteil der politischen Arbeit des Vereins. Vertreter des Mitten-Drin sind nicht nur Mitglieder des Neuruppiner Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt«, sondern engagieren sich hier sehr stark. Als Würdigung dieser Arbeit lud Bürgermeister Golde einen Vertreter des Mitten-Drin ein, ihn zur Auszeichnungsveranstaltung des Aktionsbündnisses mit dem Demokratiepreis nach Berlin zu begleiten.

Aber nicht nur in Neuruppin, sondern weit darüber hinaus, engagieren sich Mitglieder des Mitten-Drin bei Aktionen gegen Neonazis. Daher ist der Verein in das Visier des Verfassungsschutzes geraten. Im neuesten Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg wird der Verein als extremistisch eingestuft. Welche Folgen das für den Verein hat, ist noch nicht absehbar. Das Finanzamt zweifelt auf

Grundlage des Berichtes u.a. die Gemeinnützigkeit des Vereins an. Es wird immer wieder betont, dass die Geheimdienste des Bundesrepublik einer demokratischen Kontrolle unterliegen, wobei den jeweiligen Parlamenten die Entscheidung obliegt.

Wie verhält es sich bei der Einstufung des Mitten-Drin? Wer hat hier die Entscheidung getroffen? Woran orientiert diese sich? Hat der Landtag ein Mitspracherecht oder folgt dieser dem Vorschlag des Verfassungsschutzes? Viele unbeantwortete, aber auch viele rhetorische Fragen stehen im Raum.

Wenn der Verfassungsschutz eine Einstufung als extremistisch von der Teilnahme an Sitzblockaden gegen Neonazi-Aufmärsche abhängig macht, muss man als Linker fragen, sind demokratische Proteste grundsätzlich extremistisch?

Fortsetzung Seite 6

Bundestagsreport

Der Wahnsinn hat (schwarz-gelbe) Methode

Auch im Mai 2011 sind (mindestens) 3 Skandale aus dem Bundestag zu berichten.

Fangen wir mit der Ministerin für Arbeit und Soziales an – zumindest heißt das Ministerium so. Denn ihre Sozialkompetenz ist eher übersichtlich und zu mehr Erwerbsarbeit, von der man leben kann, trägt sie auch nicht bei. Denn die angeblich fallenden offiziellen Erwerbslosenzahlen verschleiern das Problem. Es fehlen jene Erwerbslosen, die als »Unterbeschäftigte« in der Statistik legal versteckt werden. Z.B. weil sie in einer Weiterbildungsmaßnahme sind, einen 1 Euro-Job haben oder krank sind. Aber statt gegen Armut trotz Arbeit vorzugehen wurde in der mittwöchigen Kabinettsitzung am 25. Mai 2011 der Kampf der Bundesregierung gegen die Erwerbslosen noch einmal verschärft. So soll Geld für Arbeitsmarktmaßnahmen und damit auch für öffentliche geförderte Beschäftigung gestrichen werden. Das bringt auch die regionalen Arbeitsfördergesellschaften in schweres Fahrwasser. Die Bundesagentur soll weiter zwangsweise in Arbeit mit Niedriglohn vermitteln können und die Rentenbeiträge für Beschäftigte in Behindertenwerkstätten sollen zukünftig aus den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen bezahlt werden.

Der neue Verteidigungsminister Thomas de Maiziere hat in der Debatte zur Bundeswehrreform ein klares Bekenntnis zur Beteiligung der Bundeswehr an Kriegseinsätzen abgegeben. »10.000 Soldatinnen und Soldaten sollen in zwei großen und mehreren kleinen Einsatzgebieten flexibel und durchhaltefähig« gleichzeitig international einsatzbereit sein. Der Auftrag der Bundeswehr wurde vom Minister in der Debatte so formuliert: »Unsere nationalen Sicherheitsinteressen ergeben sich aus unserer Geschichte, unserer geografischen Lage, den internationalen Verflechtungen unseres Landes und unserer Ressourcenabhängigkeit als Hochtechnologieland und rohstoffarme Exportnation.« Horst Köhler ist für weniger als Bundespräsident zurückgetreten! Aber von schwarz-gelb konnte man nichts anderes erwarten. Noch skandalöser ist, dass sowohl SPD als auch Grüne mit diesem Kampfauftrag keinerlei Problem haben und nur noch über die Zahl der Streitkräfte streiten. Nur DIE LINKE bleibt dabei: Krieg ist kein Mittel der Politik. Das steht auch im Konzept der Bundestagsfraktion zur Bundeswehrreform. Auch die so dringend notwendige Energiewende vergeigt die Bundesregierung gerade sehr konsequent. Der angebliche Stresstest der AKW hat sich als freundliche Befragung der Betreiberkonzerne herausgestellt und Abschaltungen sollen vermieden oder hinausgezögert werden. Parallel versucht das Haus Röttgen, über die Neufassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes den 4 Stromriesen einen möglichst großen Anteil am Kuchen zu sichern. Trotz massiver Kritik aus den Verbänden und selbst aus den Reihen der Koalitions-Abgeordneten soll das Gesetz noch vor der Sommerpause beschlossen werden. Es wird durchregiert. Gegen parlamentarische Spielregeln und das Recht demokratisch gewählter Abgeordneter.

Dr. Kirsten Tackmann, MdB

Aus dem Kreisvorstand berichtet

Zu Beginn der turnusmäßigen Beratung des Kreisvorstandes am 18.05.2011 berichteten die Mitglieder über Schwerpunkte ihrer Arbeit des letzten Monat aus dem Landesvorstand, der Kreistagsfraktion und den Regionen und gaben einen Ausblick auf nächste vor uns stehende Aufgaben.

Auf Bundesebene geht man wieder zur inhaltlichen Arbeit über, das Persönliche wird dort geklärt, wo es hingehört, berichtete Kirsten Tackmann aus dem Landesvorstand. Die Programmdebatte wird sachlich fortgeführt, der überarbeitete Programmentwurf wird im Bundesvorstand beraten. Zum Atomausstieg bis 2014 hat die Linke im Bundestag ein Konzept zum sozialen Ausstieg in 7 Schritten vorgelegt. Weitere Themen sind das Stasi-Thema in der Justiz, siehe Stellungnahme von Justizminister Volkmarschöneburg in der Märkischen Allgemeinen vom 18.5.11, die Polizeireform und im Rahmen der Haushaltsdebatte der Umgang mit den zu erwarteten Mehreinnahmen.

Die Landtags- und Kreistagsfraktion beschäftigte sich u.a. mit der Polizeireform, speziell mit der Erhaltung des Polizei- und Gerichtsstandortes Neuruppin, Stadtverordnete und Kreistag verabschiedeten dazu in einer Sondersitzung eine Resolution.

In den Regionen standen die

Veranstaltungen zum 1. und 8. Mai im Mittelpunkt, besonders in Wittstock war man mit etwa 50 Teilnehmern zum 1. Mai-Frühschoppen sehr zufrieden. Auf dem Kyritzer Marktplatz fanden sich anlässlich des Jahrestages der Bücherverbrennung etwa 50-60 Besucher zur »Lesung wider des Vergessens« ein und verlasen teilweise spontan Beiträge aus damals verbrannten Büchern. Die Rheinberger Genossen beschäftigten sich besonders mit der Situation der RABS und dem »Jugendwohnprojekt MittenDrin«. Ein Schwerpunkt der Neuruppiner Genossen und speziell des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt bunt« ist die Vorbereitung auf den geplanten Aufmarsch der Rechten am 09.07., dazu findet am 31.05. im Museumshof eine Veranstaltung statt. Die Wittstocker Genossen bereiten sich auf den Umzug ihrer Geschäftsstelle vor und erhalten nach Vorlage von Kostenvorschlägen entsprechend finanzielle Unterstützung zur Einrichtung des Büros.

Des Weiteren wurde über den Stand der Vorbereitung und die Absicherung der Teilnahme an den Aktivenkonferenzen der Kreisverbände OPR und Prignitz am 20.05. und der 2. Aktivenkonferenz der Brandenburger Linken am 4. und 5.6. in Erkner gesprochen.

Mittendrin im Mitten-Drin

Fortsetzung von Seite 5

Ich glaube, dass es notwendig ist, dass sich alle Beteiligten mit der Bedeutung des Wortes »Extremismus« intensiv auseinandersetzen müssen.

Es darf nicht irgendwelchen Institutionen/ Behörden überlassen werden, eine solche tiefgreifende Einstufung vorzunehmen. Warum nicht? Die Feststellung der Gemeinnützigkeit wird ja auch von einer Behörde getroffen.

Wenn man sich das Mitten-Drin einmal ansieht (das taten am 18. Mai zum wiederholten Male auch Freke Over und Ronny Kretschmer) und mit den Bewohnern und Besuchern des Wohnprojektes spricht, ergibt sich ein völlig anderes Bild als jenes, welches man als äußeres Erscheinungsbild wahrnimmt. Die Jugendlichen sind auf-

geschlossen, selbstbewusst und haben eine klare politische Orientierung. Das Zusammenleben gestalten sie demokratisch und gemeinsam. Viele Bürger wissen nicht, wie der Verein und das Wohnprojekt arbeiten. Dass hier Migranten die einzige Möglichkeit haben, über das Internet kostenlos Kontakt in ihre Heimat aufzunehmen, dass Obdachlose hier eine kostenlose Suppe oder Tee erhalten, dass es eine Selbsthilfe-Werkstatt gibt, in der unter fachkundiger Anleitung und Hilfe jeder Bürger sein Fahrrad reparieren kann und noch einiges mehr – all das wissen doch die wenigsten Neuruppiner.

Achim Müller

Herbst'sche Haus in Wusterhausen eröffnet

Am 01. Juni 2011 wurde in Wusterhausen das sogenannte Herbst'sche Haus eröffnet. Das 1764 erbaute Fachwerkgebäude wurde umfassend saniert und beherbergt jetzt die Bibliothek und ab August das völlig neu konzipierte Wegemuseum der Gemeinde. Das Projekt wurde jahrelang in der Gemeindevertretung vorbereitet und drohte mehrfach zu scheitern. Von Anfang an war klar, dass das stadtbildprägende Eckgebäude im Marktplatzbereich erhalten werden sollte. Da es unter Denkmalschutz steht, gab es dazu auch gar keine vernünftige Alternative. Deshalb ging es zunächst darum, was das Gebäude, in dem auch schon vor der Sanierung das Museum der Gemeinde untergebracht war, zukünftig für eine Funktion haben sollte. Davon hing der Sanierungsumfang und letztlich auch die Frage ab, wo das Geld dafür herkommen könnte.

Nach einer Bauzeit von mehr als zwei Jahren ist ein richtiges Schmuckstück im Zentrum der Stadt entstanden. In den Räumen sind viele historische Elemente erhalten und wurden in die neue Gestaltung integriert. Hof und Nebengebäude bilden eine ansprechende Kulisse für Veranstaltungen im Freien. Das Haus bietet gute Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten und soll neben der Nutzung durch die Wusterhausener vor allem auch Anlaufpunkt für Touristen sein. Außer Bibliotheks- und Museumsbesuch werden kulturelle Veranstaltungen im „Alten Laden“ angeboten.

Für uns LINKE Gemeindevertreter ist das Projekt nicht nur aus städtebaulicher Sicht eine Bereicherung für die Gemeinde, sondern vor allem wegen seiner zukünftigen kulturellen und sozialen Funk-



tion. Wir meinen, dass Kultur und Bildung wichtig sind für die Entwicklung der Region und für das sozialverträgliche Zusammenleben ihrer Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Projekt unterstützen wir außerdem die rührige Arbeit des örtlichen Kulturvereins, der sich sehr engagiert für die Sanierung des Hauses eingesetzt hat.

Hartmut Buschke, 01.06.2011

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am 17.6.	Marlene Knebl	in Wall	zum 65.
Am 29.6.	Eckhard Sack	in Wittstock	zum 73.
Am 6.7.	Hilde Kräge	in Rheinsberg	zum 90.
Am 8.7.	Artur Schölzel	in Neuruppin	zum 83.
Am 11.7.	Brigitte Kracik	in Neuruppin	zum 76.
Am 12.7.	Horst Lehmann	in Kerzlin	zum 70.
Am 13.7.	Gerhard Harendt	in Alt Ruppın	zum 88.
Am 14.7.	Klaus Reinke	in Wittstock	zum 78.
Am 16.7.	Reinhilde Hofrichter	in Neuruppin	zum 78.
Am 19.7.	Margrit Ohm	in Neuruppin	zum 61.
Am 28.7.	Manfred Kuball	in Wusterhausen	zum 76.
Am 01.8.	Reiner Streich	in Flecken Zechlin	zum 67.
Am 2.8.	Vera Träger	in Wittstock	zum 77.
Am 9.8.	Dora Köppen	in Kyritz	zum 81.
Am 11.8.	Manfred Himmert	in Joachimshof	zum 72.
Am 11.8.	Eckhard Schade	in Freyenstein	zum 61.
Am 13.8.	Barbara Hinz	in Neuruppin	zum 76.
Am 13.8.	Karl-Heinz Schindler	in Alt Ruppın	zum 65.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Aufruf

Am 9. Juli wollen wieder Nazis durch Neuruppin marschieren. Der Kreisvorstand der LINKEN und der Ortsvorstand Neuruppin der LINKEN schließen sich dem Aufruf des Aktionsbündnisse »Neuruppin bleibt Bunt« an.

Das Aktionsbündnis und wir Linken wollen erreichen, dass durch phantasievolle Aktionen den RECHTEN es ein für alle mal vergeht, durch Neuruppin zu marschieren.

Wir rufen alle Genossinnen und Genossen, sowie alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger von Neuruppin und dem Umland auf, beteiligt Euch an den organisierten Protesten der demokratischen Kräfte, führt phantasievolle und gewaltfreie Aktionen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten durch und überlasst den Rechten keinen Fußbreit unserer Straßen!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke. Kreisvorstand OPR
Kto. Nr. 1632361, BLZ 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppın e.G.

30 Jahre Kulturbundgruppe »Ruppiner Geschichte«

Im April des Jahres 1981 schlossen sich interessierte Bürger, die sich mit der Geschichte Neuruppins und der Region befassten, zusammen und gründeten innerhalb des Kulturbundes der DDR Veinen »Ruppiner Geschichte«. Eine entscheidende Initiatorin dieses Schrittes war unsere Genossin Lisa Riedel. Sie ist zwar keine gebürtige Neuruppinerin, hatte sich aber in ihrer Jahrzehnte langen Tätigkeit als Leiterin des Heimatmuseums enorme Verdienste um die Erforschung und Bewahrung der Ruppiner Geschichte erworben.

Diese Verdienste würdigte die langjährige Vorsitzende der Kulturbundgruppe Erika Herms während der Jubiläumsvorstellung des Vereins am 28. April. Sie zog eine äußerst positive Bilanz der Tätigkeit der Gruppe und erinnerte daran, wie sowohl durch die monatlichen Vorträge, in denen neueste Forschungsergeb-

nisse von Vereinsmitgliedern (z.B. E. u. S. Schwanz, E. Herms, L. Riedel, D.Exner u. a.) oder anderer Persönlichkeiten (z. B. W. Herzlieb, G. Rieger) dargestellt wurden, als auch durch Fahrten in den Sommermonaten zu historischen Stätten (Fontane-Orte im Oderbruch, Lessing in Wolfenbüttel, Kleist in Frankfurt/O. usw.) historisches Wissen erworben, bewahrt oder unverfälscht wiedergegeben wurde. In diesem Sinne gedenkt die Kulturbundgruppe auch in den nächsten Jahren weiterzuwirken.

Außer dem Verein bedankten sich noch viele Mitglieder persönlich mit Blumen und Geschenken bei Erika Herms. Sie wünschten ihr Kraft und Gesundheit, damit sie gemeinsam mit den anderen Vorstandsmitgliedern den Verein noch lange führen kann.

H. Liebig

Termine

Mittwoch, 08.06.	Anita Tack: Kaminbar-Gespräch mit Neuruppiner Wirtschafts Junioren 19.00 Uhr, Seehotel Fontane, Neuruppin
Dienstag, 14.06.	Wolfgang Gehrke: Aktuelle Situation in Nahost 19.00 Uhr, Tempelgarten, Neuruppin
Mittwoch, 15.06.+20.07.	Beratung des Kreisvorstandes Die Linke. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 20.06.	Sprechstunde von Kirsten Tackmann, MdB (Änderungen möglich) 10.00-11.30 in Wittstock (Geschäftsstelle)
Mittwoch, 20.07.	14.00-15.30 in Kyritz (Linkseck/Geschäftsstelle) 16.30-18.00 in Neuruppin (Bürgerbüro/Geschäftsstelle)
Dienstag, 21.06.	Bundesgeschäftsführerin Caren Lay zur Programmdiskussion 19.00 Uhr, Bluhms Hotel, Kyritz
Mittwoch, 22.06.+27.07.	Beratung des Stadtvorstandes Die Linke. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 23.06.	Mitgliederversammlung Die Linke. Regionalverband Wittstock 18.00 Uhr, Großer Sitzungssaal Rathaus, Wittstock
Donnerstag, 23.06.	Mitgliederversammlung Die Linke. Regionalv. Rheinsberg – Lindow 19.00 Uhr, Gaststätte Raeck, Flecken Zechlin
Montag, 27.06.	Stadtverordnetenversammlung Neuruppin 18.30 Uhr, Rathaussaal, Neues Rathaus, K.-Liebknecht-Str.
Montag, 27.06.	Beratung der Stadtfraktion Die Linke. Kyritz 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 27.06.	Beratung der Stadtfraktion Die Linke. Wittstock 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Markt 13
Mittwoch, 29.06.	Stadtverordnetenversammlung Kyritz 18.30 Uhr, Kulturhaus Kyritz
Mittwoch, 29.06.	Stadtverordnetenversammlung Wittstock 18.00 Uhr, Rathaus Wittstock
Donnerstag, 30.06.	Beratung des Kreistages Ostprignitz-Ruppin 16.30 Uhr, Oberstufenzentrum Neuruppin, Alt Ruppiner Allee 39
Sonntag, 03.07.	Sommerfest der Linken 17.00 Uhr, Ferienland Luhme
Donnerstag, 07.07.+04.08.	Beratung des Regionalvorstandes Die Linke. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str.1
Donnerstag, 07.07.+04.08.	Beratung des Regionalvorstandes Die Linke. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Markt 13
Montag, 11.07.	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes Die Linke. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
08.08.-19.08.	Sommertour von Kirsten Tackmann, MdB, durch ihren Wahlkreis Gesprächsbedarf bitte anmelden

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecherin für Agrarpolitik, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Tel.: 030 / 227 74 309, Fax.: 030 / 227 76 308
Funk: 0173 / 38 04 592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**
Tel.: 033971 / 328 57, Fax.: 033971 / 328 93
E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten von Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecher für Kultur-, Minderheiten- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvert. Mitglied im Ausschuss für Familie, Jugend und Sport und Landesjugendausschuss.
Tel.: 0331/9661526, Funk: 0172 / 3500435
www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro Markt 13, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**
Tel.: 03394 / 4997064, Fax.: 03394/4997065
E-Mail: ra.gross@gmx.de
Bürozeiten Di. 9-16, Mi. 9-12, Do. 11-18 Uhr
Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz (Zeiten bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen).

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin, Tel.: 03391/2383
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00-14.00 Uhr
Fr. 10.00-13.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Friedemann Göhler
Tel.: 03391/2383, Funk.: 0176 /20627803
Sprechzeiten jeden 2. und 4. Montag
16.00-17.00 Uhr.

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin

Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel: 03391/655420; Fax: 03391/655422
www.die-linke-opr.de
E-Mail: kv@linkspartei-opr.de
Sprechzeiten Di. u. Do. 9-12 und 14-16 Uhr.
Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes
Montags ab 16.15 Uhr.

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel/Fax: 033971/72086;
E-Mail: bock@linkspartei_opr.de
Sprechzeiten Mo.-Fr. 9.00 - 12.00 Uhr.

Geschäftsstelle Wittstock

Markt 13, Wittstock;
Tel. 03394/4997066 Fax. 03394/4997068
E-Mail: linke_wittstock@t-online.de
Sprechzeiten Di. 9.00 - 11.00 Uhr,
Do. nach Vereinbarung

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **Die Linke. OPR**, Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.); Redaktion: Lutz Geue, Christa Horstmann, Achim Müller, Jürgen Schubert, Giselher Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 26.08. 2011
Erscheinungsdatum: Mi., 07.09.2011